**Kuba und Fidel Castro**
 Teil 2

 von Luz María De Stéfano Zuloaga de Lenkait am 1.12.2016

Der illegale Krieg gegen Kuba 1961
<<Kuba gehört zu den Gründerstaaten der UNO. Aber die Weltfriedenorganisation hat die Karibikinsel nicht geschützt. Mit der Schweinebuchtinvasion von 1961 führte das US-Imperium einen illegalen Krieg gegen Kuba, während US-Diplomaten gleichzeitig die UNO durch Lügen lahmlegten. ... Die kubanische Raketenkrise war ein ernster und gefährlicher Augenblick in der jüngsten Menschheitsgeschichte, und noch heute kann man viel über verdeckte Kriegsführung, die Weltfriedensorganisation und die komplexen Interdependenzen der internationalen Politik lernen, wenn man diesen Fall ausführlich und im Detail studiert.>> (Aus dem Buch „Illegale Kriege – wie die NATO-Länder die UNO sabotieren – eine Chronik von Kuba bis Syrien“ von Daniele Ganser, Orell Füssli Verlag Zürich, 2016)

Umzingelung der UdSSR mit US-Militärbasen und US-Raketenstützpunkten - Reaktion: Sowjetische Militärs auf Kuba; Chruschtschow: Abzug sowjetischer Raketen aus Kuba , wenn Abzug der US-Jupiter-Raketen aus der Türkei und Vorschlag von Verhandlungen über den Stopp von Atomtests
Aus den dokumentierten Artikeln: "Die Kuba-Krise im Oktober 1962" von Reiner Zilkenat (UZ, 5.10.12) und "Die Raketenkrise in der Karibik im Herbst 1962. Teil I: "Beginn und Verlauf" von Horst Schäfer (Junge Welt,16.10.12) ist weiteres zu wissen:
<<In der Nacht vom 26. auf den 27. Oktober 1961 trafen in Washington zwei Briefe von Ministerpräsident Nikita Chruschtschow ein. Beide Schreiben lösten im Weißen Haus am Abend, aber dann insbesondere am nächsten Morgen, hektische Aktivität aus. Jedermann benötige Frieden, schrieb der Vorsitzende des Obersten Sowjet der UdSSR, auch Kapitalisten, »wenn sie nicht den Verstand verloren haben«. Ein Krieg sei Feind und Unglück aller Nationen, betonte er und fragte Kennedy: »Welche Vorteile hätten Sie vom Krieg?« Er versicherte erneut, dass die auf Kuba stationierten Waffen ausschließlich Verteidigungszwecken dienten und dazu gedacht seien, »den Kubanern zu helfen, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es selber wünschen«. Wenn die USA verbindlich erklären würden, dass sie weder mit eigenen Truppen eine Invasion in Kuba durchführen, noch andere unterstützten, die eine Invasion planen, dann hätte sich die Anwesenheit des sowjetischen Militärs auf Kuba erledigt. Im zweiten Brief erinnerte der sowjetische Premier an die Umzingelung der UdSSR mit Militärbasen und Raketenstützpunkten und kündigte an, die sowjetischen Raketen aus Kuba abzuziehen, wenn die USA ihre Jupiter-Raketen aus der Türkei entfernen würden. Gleichzeitig schlug Chruschtschow Verhandlungen zum Abschluss eines Abkommens über den Stopp von Atomtests vor. Die bange Frage war an diesem Freitagabend: Wann und wie werden die USA auf die Vorschläge reagieren?>>

Beistand der Sowjetunion zur Sicherung des Selbstbestimmungsrechts Kubas
Der Beistand, den die Sowjetunion für Kuba 1961 leistete, beruhte darauf, das Selbstbestimmungsrecht Kubas zu sichern, das die UN-Charta für alle Völker festschreibt und ähnelt demselben Beistand, den Russland heute dem von NATO/EU-Staaten angegriffenen Syrien leistet auf Bitte der syrischen Regierung, wiederum in vollem Einklang mit den UN-Charta (Art.51).

Die Kuba-Krise 1962 reiht sich in eine unverantwortliche bedrohliche Militärpolitik der USA ein, die sie seit 1945 bis heute betreiben. In dieser Hinsicht hat Fidel Castro die angemessenen Richtlinien für die Zukunft gesetzt, Richtlinien, die immer noch stark für alle souveränen Völker und Länder gegen den Interventionskrieg und Aggressionen der USA gelten, wie zuletzt in Syrien, wo die USA ihr anmaßendes Ziel eines Regierungswechsels nach ihrem Gusto mit terroristischen Milizen betreiben. Castro hatte diese bittere Erfahrung erlebt und konnte die menschliche Fähigkeit beweisen, wie dagegen zu handeln ist, was Widerstand praktisch bedeutet. Er schließ sich mit seinem Volk zusammen, um die Aggression entschieden, rechtzeitig und erfolgreich abzuwehren.

Ursache der Kuba-Krise: Installierung von US-Raketen in Izmir nahe Russland
Die Installierung von US-Raketen in Izmir (Türkei), ganz in der Nähe von Russland verursachte die Installierung von russischen Raketen auf Kuba in der Nähe der USA 1961. Fidel Castro gab seine Zustimmung dazu angesichts der gegen Kuba geplanten massiven US-Luftangriffe und Invasion. So entstand die Kuba-Krise (1962). Kriegstreiber und Kalte Krieger, die die Außenpolitik Europas seit Jahrzehnten gefährden und rückständig prägen, wollen von der Kuba-Krise 1962 gar nichts lernen. Ihre Beton-Mentalität ist eine Blockade, die sie selbst einsperrt. Solche Kriegstreiber und gestrigen Geister, die immer noch an der Macht sind, bleiben so total verblendet und unaufsichtig bei solchem Wahnsinn und heutigen inakzeptablen NATO-Provokationen. Vor der ständigen aggressiven NATO-Annäherung an Russland hat der Kreml nicht gezögert, Raketen in Kaliningrad aufzustellen. In selbstgefälligen Getue zeigen sich deutsche und EU-Politiker entrüstet darüber. Nichts, aber auch gar nichts haben sie von der Kuba-Krise gelernt. Ihre kalte zynische Überheblichkeit treibt Deutschland und Europa in den Abgrund.

Unredlichkeit, Lüge und falsche Darstellung der US-Regierung
Die Kuba-Krise wurde nur durch die US-präsidentielle Annahme der Forderung der Sowjetunion entschärft, die US-Raketenstellungen in der Türkei zu entfernen. Der russische Botschafter in Washington, Anatoly Dobryn, vereinbarte mit den Kennedy-Brüdern, John und Robert, dann im Gegenzug die russischen Raketen aus Kuba zurückzuziehen. Es wurde abgesprochen, diese Vereinbarung geheim zu halten, aber diese Absprache wurde von den USA missbraucht, um die Kuba-Krise weltweit falsch als von der Sowjetunion ausgehend in der Öffentlichkeit zu präsentieren, und zwar als eine einseitige Drohung der Sowjetunion (Russlands), ohne den gesamten wahren Hintergrund zu erwähnen. Heute sind die damalige Unredlichkeit, Lüge und falsche Darstellung der US-Regierung weltweit bekannt. (La Crise des Missiles de Cuba. Par Nicolas Michel. La Revue. Novembre/Décembre 2007).

Schweine-Bucht-Desaster Folge von US-Fehleinschätzung wie jetzt Syrien-Desaster
Die Fehleinschätzung der USA und EU heute zu Syrien erinnert an dieselbe grobe Fehleinschätzung, die im April 1961 zum Schweine-Bucht-Desaster führte, als sich Präsident John F. Kennedy unter militärischem Druck entschloss, „Rebellen“ nach Kuba zu schicken in dem falschen Glauben, dass das kubanische Volk sie für seine „Befreiung“ willkommen heißen würde. Niemand hatte mit der entschlossenen Ablehnung durch die Kräfte Castros und das kubanische Volk gerechnet, das hinter Fidel Castro stand. Daher die eklatante blutige Niederlage der US-amerikanischen Rebellen in der Schweine-Bucht. Sofort danach folgte US-Präsident Kennedy dem weisen Rat seines Bruders Robert und gab diese Fehlentscheidung seiner Regierung auf einer erfolgreichen Pressekonferenz vor dem amerikanischen Volk zu. Gleichzeitig stellte der US-Präsident energisch gegenüber dem Militär klar, dass es keine weitere ähnliche Fehlentscheidung in Bezug auf Kuba geben würde. Gerade das fehlt dem scheidenden US-Präsidenten Obama, nämlich das Format eines Kennedy, die Ehrlichkeit, Fehler in Bezug auf Syrien einzugestehen und die Entschlossenheit, den Druck vom Militär zurückzuweisen und Fehler zu korrigieren. Und dabei sich gleichzeitig offen und ehrlich an das amerikanische Volk vertrauensvoll zu wenden. Die katastrophalen Folgen seiner unpolitischen Handlungen gegenüber Syrien kennzeichnen die desaströse Außenpolitik Obamas gegenber Syrien. Die Aggression gegen Kuba war ein Prolog, ein feiger Probelauf für folgende US-Aggressionen, zuletzt die hinterhältige US-Aggression gegen Syrien seit 2011, die fast ein halbe Million Opfer kostete, die auf das Konto der USA und EU-Staaten gehen.

Fidel Castros entscheidender Beitrag zur Emanzipation Lateinamerikas
Fidel Castro hat auch entscheidend zur Emanzipation Lateinamerikas beigetragen. Die Organisation Amerikanischer Staaten OAS, zu der auch die USA gehören und die von ihr bestimmt wurde, ist dank auch der Regierung von Fidel Castro zu einem Anachronismus geworden. Sie wurde von der politischen Entwicklung Lateinamerikas überholt, die sich von Washington entfernte. Washington weiß es, braucht aber die OAS, um seine Rolle und seinen Einfluss in seinem früheren Hinterhof nicht vollkommen zu verlieren. Die lateinamerikanischen Staaten brauchen diese Organisation aber nicht. Sie haben sich weitgehend von den USA emanzipiert und mit der Organisation der Staaten Lateinamerikas und der Karibik (CELAC) ihren eigenen Zusammenschluss geschaffen – mit Kuba als Mitglied, aber ohne die USA und ohne Kanada. Washington musste beim Amerika-Gipfel im kolumbianischen Cartagena (12.4.2012) und beim letzten Amerika-Gipfel in Panama 2015 erneut erleben, dass es keinen lateinamerikanischen Hinterhof mehr hat. Alles das ist primär Fidel Castro zu verdanken.

Deutsche Medien: Kuba nur aus dem Blickwinkel US-höriger Atlantiker
Deutsche Massenmedien, allen voran das Fernsehen ARD und ZDF, aber auch Arte, manipulieren so krass, dass es einem den Atem verschlägt. Man könne „...sich einfach nicht vorstellen, dass derart rotzfrech gelogen wird," schreibt Willy Wahl, Herausgeber der Schweizer Internetseite "seniora" ([http://seniora.org/index.php](https://deref-gmx.net/mail/client/3m6BlkY5Xho/dereferrer/?redirectUrl=http%3A%2F%2Fseniora.org%2Findex.php)). Stimmt. Auch über die Geschichte der Kuba-Krise 1962 wird nur aus dem Blickwinkel US-höriger Atlantiker berichtet. Die USA/EU haben alles eingefädelt, um widerspenstige Regierungen wie in Kuba, Irak, Serbien, Syrien und den Iran zu verjagen. Die widerwärtigen Details und hässlichen Eingeständnisse sind noch nicht in ihrem vollem Umfang an die Öffentlichkeit gedrungen. Die in den USA konstruierten Lügengespinste beherrschen die Öffentlichkeit, sogar zum aktuellen Tod und Trauer um Fidel Castro, wie neulich bei ARD am 26.11., deren Redaktion jede Geschmacklosigkeit übertraf, indem sie Toten-Tänze der Exil-Kubaner in Miami zu zeigte. Der Hass gegen Fidel kennt keine Grenzen bei US-amerikanischen Extremisten, vor allem im Kreis der Exil-Kubaner in Miami. Es ist beschämend und bedauerlich, dass sich der zukünftige US-Präsident Donald Trump, für diesen abstoßenden Mob hergibt und gemäß dessen Gehässigkeit bedenkenlos Fidel Castro diffamierte.
Bei den heutigen Verhältnissen keine Änderung zu erwarten
Die Militärpolitik der USA ist seit US-Präsident Dwight Eisenhower dieselbe geblieben. Nichts wesentliches hat sich an dieser Außenpolitik geändert. Auch zukünftig ist bei den heutigen Verhältnissen keine Änderung zu erwarten. Der Spielraum eines jeden US-Präsidenten ist eng und wirkt wie eine Zwangsjacke. Die extrem fehlgeleitete Politik der USA löst extreme Reaktionen aus. Es anders zu sehen oder mit dem Finger auf andere zu zeigen, ist grundfalsch, unbegründet. Kein Diplomat darf sich so vernebeln lassen, vor allem nicht, wenn durch die zu Irrwege der vielen US-Regierungen das Land am Abgrund steht. Viele hundert Milliarden Dollar kostete bislang der inszenierte Krieg gegen islamische Gespenster. Zwei Kriege wurden in diesem Wahnsinn geführt, in dieser Paranoia, die die USA in den Ruin getrieben haben.

US-Präsident Dwight Eisenhower und seine Warnung im Januar 1961
In seiner Abschiedsrede an die Nation (17.1.1961) warnte der US-Präsident Dwight Eisenhower Amerika und die Welt vor dem wachsenden Einfluss des „military-industrial complex“. Dieses Zusammenwirken eines enormen militärischen Establishments und einer riesigen Rüstungsindustrie ist trotzdem neu in der amerikanischen Erfahrung. Der US-Militär-Industrie-Komplex hat ein noch immer nicht richtig wahrgenommenes, ungeheures Zerstörungspotential. Der weiter wachsende Einfluss dieses machtvollen gesellschaftlichen Konglomerats - seit der Zeit Eisenhowers - geht inzwischen so weit, dass die US-Regierung und ihre Satellitenregierungen in Europa und anderswo bedroht sind, von ihm vollständig gesteuert zu werden und die Demokratie ganz zu demontieren. Ein berufener pflichtbewusster Politiker darf sich damit nicht abfinden oder gar sich solchen verheerenden Umständen anpassen. Im Gegenteil: Hier sind Einhalt und Widerstand geboten, wie die starke Persönlichkeit von Fidel Castro erfolgreich zeigte.

Mordanschläge auf Fidel Castro
<<Das Hauptziel der US-Außenpolitik gegenüber Kuba ab Januar 1959 war die Beseitigung Castros. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden auch Mordanschläge auf den kubanischen Präsidenten verübt. ... Erst 1975 bildete der US-Senat unter dem Vorsitz des mutigen und klugen Senators Frank Church aus Idaho eine spezielle Untersuchungs-kommission, um zu klären, ob die Außenpolitik der USA die Ermordung ausländischer Führer als ein Mittel einsetzte, um ihre Ziele durchzusetzen. ...“Wir glauben, dass die Öffentlichkeit ein Recht darauf hat zu erfahren, welche Instrumente ihre Regierung einsetzt“, erklärte die Untersuchungskommission des US-Senats in der Einleitung zu ihrem äußerst brisanten Bericht.“... Die Wahrheit über diese Mordversuche muss augesprochen werden, da die Demokratie von einer gut informierten Wählerschaft abhängig ist. ... Aber dieses Land hat die Kraft, diese Geschichte anzuhören und daraus zu lernen. Wir müssen ein Volk bleiben, das seine Fehler sieht und das fest entschlossen ist, sie nicht zu wiederholen. Wenn wir das nicht schaffen, werden wir untergehen. Aber wenn wir es schaffen, wird unser Zukunft strahlend sein. ...“ So die Senatoren.

Die CIA kooperierte sogar mit der Mafia, da diese sich im Bereich Mord ja besonders gut auskennt. ... Für viele Menschen ist es noch heute ungeheuerlich und schwer zu glauben, dass die CIA mit der Mafia zusammen Mordpläne schmiedete, aber genau dies ist historisch erwiesen und belegt. …

Castro überlebte alle CIA-Mordanschläge, anders als einige andere Politiker. Das Themenfeld CIA und Mord ist äußerst düster und auch heute noch schwer zu durchschauen. Am meisten gerätselt wird über die Ermordung von Präsident Kennedy am 22.November 1963 in Dallas. Steckte die CIA dahinter? ...
In seinen Schlußfolgerungen stellt der US-Senat fest (in Bezug auf die Mordversuche an Fidel Castro), dass der stellvertretende CIA-Direktor für Planung, Richard Bissell, von den Mordplänen wusste und ihnen auch zustimmte. Auch CIA-Direktor Allen Dulles war informiert. So viel ist sicher. Oberhalb von Bissel und Dulles hatten Präsident Eisenhower und Kennedy die politische Verantwortung. Einen schriftlichen Mordbefehl haben beide nie unterschrieben... schriftliche Beweise fehlen. …

Auch heute können sich viele Amerikaner nicht vorstellen, dass die CIA zusammen mit der Mafia in Mordanschläge verwickelt war, weil sie noch nie so etwas gehört haben.
Den Kubanern blieben die Mordanschläge aber nicht verborgen. Am 10. Oktober 1961 teilte Kuba der Vollversammlung der Vereinten Nationen mit, dass die Vereinigten Staaten Verschwörungen zur Ermordung von Fidel Castro und seines Bruders Raúl geplant hätten. Der amerikanische UN-Botschafter, Adlai Stevenson, (entrüstete sich und beteuerte darauf, dass die Vereinigten Staaten keinerlei aggressiven Absichten gegen Fidel hatten)... Auch das war eine Lüge. Es ist historisch bewiesen, dass das US-Imperium in seiner Außenpolitik vor Mord nicht zurückschreckte.>> (Aus dem Buch „Illegale Kriege – wie die NATO-Länder die UNO sabotieren – eine Chronik von Kuba bis Syrien“ von Daniele Ganser, Orell Füssli Verlag Zürich, 2016)

Fidel Castros Kuba: Exempel von Courage und Selbstbestimmung
Gott sei Dank überlebte Fidel alle Versuche, ihn zu töten. Überzeugt und entschlossen führte er Kuba auf seinem selbstständigen Weg, sich unabhängig von den USA zu entwickeln. Dasselbe gilt für alle souveränen Länder, die die unermessliche Gefahr einer faschistischen Weltdiktatur erkennen. Die Mindeststandards für eine zivilisierte demokratische Ordnung sind nicht durch weitere Rechtsbrüche und Missachtung der geltenden internationalen Regeln zu verwirklichen. Gerade hier zeigt sich und erklärt sich die Achtung, die Russland, China und Kuba zusammen mit anderen Staaten weltweit gewinnen, während die USA, Frankreich, Deutschland und Großbritannien an solcher Achtung und Glaubwürdigkeit weltweit verlieren und sich zunehmend isolieren. Fidel Castros Kuba statuiert ein Exempel von Courage und Selbstbestimmung gegenüber der jahrzehntelangen Schikane der faschistischen US-Mafia-Regierungen. Finanzerpressung ist ein Attentat gegen die Menschenrechte der Völker. Hundertzwanzig blockfreie Staaten, die 55% der Weltbevölkerung und Zweidrittel in der UN-Vollversammlung darstellen, suchen Wege, das finanzielle zerstörerische Diktat der USA/EU zu brechen und zivilisierte internationale Beziehungen mit Respekt untereinander zu pflegen.